



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Beschluss zum Bundesausschuss
im Salvador – Allende – Haus (SBZ)
29. - 30. September 2012**

Resolution zur Abschiebepolitik

1 Abschiebung während des Ferienlagers

2 Aus aktuellem Anlass haben wir, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken entschieden,
3 einmal mehr die menschenfeindliche Asyl- und Flüchtendenpolitik der BRD zu verurteilen und ihr
4 entgegenzutreten. Vor kurzem wurden fünf Kinder aus Hamburg mit ihrer Mutter nach
5 Mazedonien abgeschoben. Im Zeitraum vom 13. bis zum 31. Juli haben vier Roma-Mädchen, im
6 Alter zwischen sechs und zwölf Jahren, der besagten Familie an einem Zeltlager des
7 Landesverbandes Hamburg und Schleswig Holstein auf der Insel Föhr teilgenommen. Die ganze
8 Familie sollte schon in diesem Zeitraum abgeschoben werden. Die Mutter und ihre vier Kinder
9 schützte am 27. Juli einzig die Tatsache, dass um die Uhrzeit zu der der gewaltvolle
10 Abschiebeversuch begann, keine Fähre mehr ans Festland auslief. Der Vater wurde bereits an
11 diesem Abend aus Hamburg abgeschoben, nachdem er erst zwei Wochen zuvor aus ärztlicher
12 Behandlung entlassen wurde. Die Mutter wurde durch die Trennung von ihrem Mann und die
13 Angst vor einer Abschiebung, die jederzeit stattfinden kann, so mürbe gemacht, dass sie
14 letztendlich in ihre eigene Abschiebung „einwilligte“. Laut einer Anwältin der kirchlichen
15 Hilfestellung Fluchtpunkt war die Trennung der Familie durch die Hamburger Ausländerbehörde
16 geplant, sollte es nicht möglich sein die Familie gemeinsam abzuschieben.
17

18 Der siebenköpfigen Familie droht in ihrer vermeintlichen Heimat Mazedonien – als Angehörige
19 einer diskriminierten Minderheit – ein Leben in Ausgrenzung. Roma werden in vielen Ländern, so
20 auch in der BRD, systematisch ausgegrenzt und gehören zu einer benachteiligten Gruppe. Vielen
21 der in Mazedonien lebenden Roma werden die notwendigen Papiere, wie z.B. Reise- oder
22 Gesundheitsversicherungsdokumente verweigert. Dies geschieht teilweise willkürlich, teilweise
23 systematisch. Es ist absolut unsicher, ob die Kinder in Mazedonien, einem Land, zu dem sie nach
24 ihrem mehrjährigen Aufenthalt in Deutschland keinerlei Bezug haben, weiter zu Schule gehen
25 können. Ebenso unsicher ist, ob sie eine Wohnung beziehen können, die ihnen ein
26 menschenwürdiges Leben und den fünf Geschwistern ein kindgerechtes Aufwachsen ermöglicht.
27 Das Vorgehen in der zuständigen Ausländerbehörde ist kein Einzelfall. Familien werden getrennt
28 oder mitsamt ihrer oftmals in der BRD geborenen Kinder in ihre sogenannten Heimatländer
29 abgeschoben. Oft werden auch Abschiebungen von Minderjährigen durchgeführt, die sie von
30 ihren Eltern trennen. Abschiebetermine werden in den meisten Fällen nicht angekündigt, dann
31 haben die Flüchtenden pro Person dreißig Minuten Zeit zum Packen. Weiterhin finden
32 Abschiebungen häufig nachts im „Stillen“ ohne große Öffentlichkeit und mit Polizeibegleitung
33 statt. Um eine Abschiebung sicherstellen zu können, werden manche Menschen in Abschiebehaft

34 genommen. Diese Haft kann bis zu 18 Monate dauern. All dies und vieles mehr stellen eine
35 besondere Härte für die betroffenen Flüchtenden und deren Familien da.
36 An dem oben bisher Geschilderten zeigen sich insbesondere zwei Dinge, die wir als Falken
37 ablehnen: Einerseits die Flüchtlingspolitik der BRD und deren Abschiebe- praxis, die im
38 Widerspruch zu Aufforderungen zu Toleranz und zu einem freundlichen Miteinander stehen. Dies
39 ist seit Jahren Bestandteil der Reden von Politiker*innen oder
40 Schulleitungen und vieler Projekte. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind ein Spiegelbild der
41 staatlichen Umgangsweise mit Flüchtenden. Andererseits zeigt der Umgang der
42 Ausländerbehörde mit der betroffenen Familie, aber auch der Umgang mit vielen anderen Roma-
43 Familien, die häufig auch als „EU-Bürger*innen“ ausgewiesen werden, den weit verbreiteten
44 willkürlichen, aber auch systematischen Antiziganismus in Deutschland.
45

46 **Antiziganismus und EU-Politik**

47 Der Antiziganismus hat in Europa eine lange Tradition. Mit dem Begriff „Zigeuner“ waren schon
48 immer Kriminalität, eine zügellose Sexualität und Verwahrlosung verbunden, weshalb er sich als
49 Mittel der Diskriminierung und Disziplinierung von Roma bestens eignete. Ihren Höhepunkt fand
50 die Verfolgung im Faschismus, als rund 500.000 Sinti und Roma in den Vernichtungslagern
51 ermordet wurden. Bis 1982 wurde dieser Völkermord in der BRD nicht anerkannt und keine
52 Entschädigung gezahlt. Die aktuellen Berichte über Übergriffe und Ermordungen von Roma
53 zeigen, dass sie in ganz Europa unerwünscht sind. In Deutschland machen rechtsextreme Parteien
54 wie Pro NRW Stimmung, in dem sie Plakate mit Slogans wie „Klaukids abschieben“ aufhängen.
55 Doch ist Antiziganismus in der kompletten Gesellschaft vorhanden, wie die folgenden Vorfälle
56 zeigen: 2010 gab es eine Demo unter dem Motto „Null Toleranz gegenüber Rechtsbrüchen einer
57 stadtbekanntes Großfamilie“ in Leverkusen. Ebenfalls im Jahr 2010 wurde in Brandenburg ein
58 Zirkus von Dorfbewohnern mit Steinwürfen angegriffen und als „Zigeunerpack“ beschimpft.
59 Die EU hat oberflächlich anerkannt, dass es eine spezielle Politik braucht, um die Lebenssituation
60 der in der EU lebenden Roma zu verbessern. 2011 verabschiedete sie eine Strategie für einen
61 Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und öffentlichen Versorgungsnetzen für
62 Roma und stellte dafür insgesamt 26 Milliarden Euro bereit. Gleichzeitig sorgen die Gesetze der
63 EU aber dafür, dass jährlich tausende Roma aus der EU abgeschoben werden.
64 Seit die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Staaten ohne Visa in die EU einreisen dürfen,
65 beantragen immer wieder Menschen aus diesen Ländern Asyl in EU-Staaten. In diesem Fall
66 möchte sich die EU die Asylsuchenden mit allen Mitteln vom Hals halten.
67 So wurden die Regierungen z.B. in Serbien und Kroatien von der EU unter Druck gesetzt mit dem
68 Ergebnis, dass Ausreisen eingeschränkt und Pässe entzogen werden. Die Forderung der EU, aus
69 EU-Beitrittskandidaten dürften keine Menschen in
70 die EU einreisen um Asyl zu suchen, führt zu einer verschärften Diskriminierung
71 Abgeschobener.
72 Die Perspektivlosigkeit nach der Abschiebung wird dadurch besiegelt, dass die entstandene
73 Kosten im Falle einer Rückkehr ins Land, aus der die Abschiebung erfolgte, durch die Flüchtenden
74 beglichen werden müssen. Dieses Geld ist von Menschen, die vor Ausgrenzung und
75 Diskriminierung und der daraus resultierenden Armut geflüchtet sind, in der Regel nicht
76 aufzubringen.
77 Die meisten der in Deutschland lebenden Roma und Sinti sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem
78 Kosovo und leben seit über 10 Jahren hier. Weitere haben wegen der neu erstarkten Verfolgung in
79 Osteuropa in Deutschland Asyl beantragt.
80 Doch regelmäßige Abschiebungen stehen für tausende Betroffene in Deutschland dennoch auf
81 der Tagesordnung, ebenso wie das massive Drängen zu einer „freiwilligen“ Ausreise.
82 Noch im Juni 2012 haben Pro Asyl und der Flüchtlingsrat Niedersachsen festgestellt, dass
83 insbesondere die Abschiebungen von Roma in den Kosovo i.d.R. in der Ausweglosigkeit enden.
84 Neben starker Diskriminierung und Bedrohung sehen sich die Betroffenen oft desolaten
85 Wohnbedingungen ausgesetzt. Erwerbsmöglichkeiten für Erwachsene fehlen, Kinder, die in
86 Deutschland jahrelang zur Schule gegangen sind, sind Großteils gezwungen, zu Hause zu bleiben.
87 Aber auch in anderen Staaten, in die Roma abgeschoben werden, sieht es nicht anders aus.
88

89 **Die Lebenssituation von Flüchtenden in Deutschland**

90 Das Leben von Flüchtenden in Deutschland ist geprägt von Fremdbestimmung und staatlicher
91 Bevormundung. Flüchtende sind in Deutschland der sogenannten Residenzpflicht unterworfen.
92 Im Rahmen der bundesdeutschen Asylgesetzgebung verpflichtet die „Residenzpflicht“ Flüchtende,
93 sich nur im Landkreis der für sie zuständigen Ausländerbehörde aufzuhalten. Ein Verstoß gegen
94 diese Auflage gilt als Straftat. Die „Residenzpflicht“ ist nicht nur eine grundlegende Einschränkung
95 der Grundrechte und reproduziert diskriminierende und alltagsrassistische Denk- und
96 Handlungsmuster, sondern kriminalisiert Flüchtende, die gezwungen sind, ihnen willkürlich
97 auferlegte und inhumane Grenzen zu überschreiten, um ihren Alltag lebenswert gestalten zu
98 können.

99
100 Die Erteilung von häufig sehr kurzfristigen Duldungen hält die Flüchtenden in dauerhafter Angst
101 vor einer Abschiebung.

102
103 Wo die Flüchtenden in Deutschland untergebracht werden, ist ebenfalls eine willkürliche
104 Entscheidung des zuständigen Amtes: nach dem sogenannten EASY – System, welches die
105 Asylsuchenden nach einem Zufallsprinzip unabhängig von bereits bestehenden sozialen
106 Kontakten in ganz Deutschland „gleichmäßig“ verteilen soll und ihnen jegliches Mitspracherecht
107 vorenthält.

108
109 Untergebracht werden die Flüchtenden in den aller meisten Fällen in Sammelunterkünften also
110 Zwangsunterbringungen, die fast immer abgelegen und kaum durch öffentliche Verkehrsmittel
111 erreichbar sind. Flüchtlingswohnheime und Durchgangsunterkünfte sind für die meisten
112 Flüchtenden keine sicheren Orte, an denen sie sich nach ihren traumatischen Erfahrungen
113 zurückziehen können. Das Problem ist nicht nur, dass sie abgelegen und durch die Residenzpflicht
114 geradezu isoliert leben, sondern vor Ort ebenfalls menschenunwürdige Zustände herrschen.
115 Unzumutbarer Lärm, große Sanitärräume in unbeschreiblichen Zuständen und ohne
116 Geschlechtertrennung, in denen nicht selten vor allem Frauen überfallen werden, sind nur einige
117 dieser Missstände. Die Bewohner*innen sprechen viele verschiedene Sprachen und somit gibt es
118 wenig Möglichkeit zur verbalen Konfliktbewältigung.

119
120 Die institutionelle Einmischung findet weiterhin ihren Niederschlag in der Versorgung der
121 Flüchtenden. Die Sozialleistungen, die ihnen zustehen, werden vielerorts
122 hauptsächlich in Form von Sachleistungen ausgezahlt, meist mit Gutscheinen oder Chipkarten,
123 die nur in bestimmten, oft überteuerten, in der Nähe liegenden Geschäften für bestimmte Waren
124 genutzt werden können. Auf diese Weise erfolgt eine Stigmatisierung dieser Menschen schon vor
125 dem Einkauf. Außerdem gibt es Lebensmittelpakete und Textilien aus der Kleiderkammer.
126 Die medizinische Versorgung ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Flüchtenden in Deutschland das
127 Grundrecht auf ein würdevolles Leben untersagt wird. Vor einem Arztbesuch muss ein
128 Krankenschein vom jeweiligen Sozialamt eingeholt werden, welches in den meisten Fällen erst in
129 der nächsten Kleinstadt zu finden ist. Die medizinische Behandlung selbst beschränkt sich dann
130 meist auf die Symptombekämpfung – die Ausgabe von Schmerzmitteln ist die Regel, eine
131 tatsächliche Behandlung der Krankheit die Ausnahme.

132 Die bisherigen Leistungen für Flüchtende wurden durch das Bundes- verfassungsgericht als
133 menschenunwürdig erklärt, demnach erhalten Flüchtende von nun an Leistungen in Höhe von 336
134 Euro monatlich. (Anpassung an HartzIV-Satz). Davon müssen 130 Euro „für die persönlichen
135 Bedürfnisse des täglichen Lebens“ in bar ausgezahlt werden. Bislang lag dieser Betrag bei 40 Euro.
136 Diese Veränderung ist nur ein Tropfen Wasser auf dem heißen Stein. „[Flüchtende] erhalten nun
137 an Stelle einer staatlichen Unterstützung ohne Menschenwürde eine staatliche Unterstützung in
138 der Höhe von HartzIV – ebenfalls ohne Menschenwürde.“ (Vgl. Lutz, Werner. Wer braucht
139 gefälligst Satire?)

140
141 Wir sprechen uns dagegen aus, dass es durch die Erhöhung der Leistungen zu vermehrten
142 Abschiebungen kommt.

143
144 Minderjährige Flüchtende kommen häufig nach traumatisierenden Erlebnissen nach Deutschland.
145 Doch hier finden sie nicht grundsätzlich die Hilfe derer sie bedürfen. Sie finden sich stattdessen in
146 einem Staat wieder, der deutlich zwischen deutschen und nichtdeutschen Kindern und

147 Jugendlichen differenziert. Der Vorbehalt gegenüber den UN-Kinderrechtskonventionen macht
148 dies sehr deutlich. Dieser wurde zwar am 15. Juni 2010 zurückgenommen, jedoch müssen weitere
149 Schritte folgen, die die Aufarbeitung des Erlebten unterstützen und einer Traumatisierung
150 entgegenwirken.
151 Dazu müssen den Kindern Rechte zugestanden werden, die sie schützen und es ihnen ermöglicht
152 ein Leben ohne Angst zu leben.
153 Die Schutzfaktoren vor einer akkumulativen Traumatisierung müssen erheblich verbessert
154 werden. Nach Erlebnissen die zur Flucht führten und der häufig belastenden Reise nach
155 Deutschland, müssen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, sich bestmöglich zu
156 entwickeln/entfalten.
157 Sie müssen gleichberechtigt Bildung genießen dürfen und nicht mit der permanenten Angst vor
158 Abschiebung leben. Traumata werden nicht in Armut, gesellschaftlichem Ausschluss und Angst
159 überwunden. Statt Kontakt und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gibt es eine demonstrative
160 Ausgrenzung und Stigmatisierung. Kinder müssen in einer Gesellschaft aufwachsen, die ihnen ein
161 Leben ohne Existenzangst ermöglicht. Das bedeutet, dass schon bei ihrer Ankunft besonders auf
162 ihre Bedürfnisse eingegangen wird und sie sich nicht umgehend einer repressiven Gesetzgebung
163 ausgesetzt sehen.
164 Als politischer Kinder- und Jugendverband setzen sich die SJD – Die Falken ein für Vielfalt und ein
165 solidarisches Miteinander, die wir gemeinsam in unseren Zeltlagern leben. Wir werden auch in
166 Zukunft Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien die Teilnahme an Seminaren,
167 internationalen Begegnungen und Freizeiten ermöglichen. Wir werden uns weiterhin dafür
168 einsetzen, dass Kinder und Jugendliche frei von Verfolgung und Vertreibung aufwachsen können.
169

170 **Falkenarbeit für alle Kinder und Jugendliche jetzt möglich machen**

171 Die Asyl- und Abschiebepolitik Deutschlands steht im Widerspruch zur UN-
172 Kinderrechtskonvention, die besagt, dass “bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel
173 ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten,
174 Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, [...] das Wohl des Kindes
175 ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“. Wir gehen davon aus, dass
176 Abschiebeversuche aus unseren Freizeiten heraus nicht dem Wohl der Teilnehmer*innen
177 entsprechen. Kindeswohl geht vor Asylgesetzgebung. Daher fordern wir eine weitgehend positive
178 Auslegung der Gesetze zu ihren Gunsten und die Nutzung entsprechender Handlungsspielräume
179 durch die zuständigen Behörden. Dazu zählen wir auch eine Zusicherung, dass Menschen bis 27
180 Jahren an Wochenenden, Feiertagen und in den Schulferien nicht der Residenzpflicht unterliegen
181 und die Finanzierung der Teilnahme seitens der Behörden übernommen wird.
182

183 Insbesondere fordern wir ein menschenwürdiges Leben für ALLE:

- 184 • Antiziganismus ist ein gesellschaftliches Problem und als solches zu behandeln.
- 185 • Bewegungsfreiheit für alle Menschen, unabhängig von Nationalität oder Aussehen.
- 186 • Alle müssen überall leben dürfen! Illegalisierung von Menschen ist die Absprache
187 menschenwürdigen Lebens
- 188 • Abschiebestopp und Bleiberecht für Alle
- 189 • Finanzielle Unterstützung, das Recht zu arbeiten und wohnen zu dürfen wo und wie
190 mensch will